



**Geschäftsführung
Ausschuss Umwelt, Gesundheit und
Grün**

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 16.10.2008

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 21.08.2008, 14:00 Uhr bis 16:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Walter Grau	CDU
Herr Dr. Michael Paul	CDU
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Gerhard Brust	Grüne
Frau Dr. Sabine Müller	Grüne
Herr Ulrich Breite	FDP

stellvertretend für SB Herrn Dr. Albach

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Heinz-Kurt Täubner	pro Köln	bis 15:00 Uhr
Herr Frank Kühl	Die Linke.Köln	

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Egbert Bischoff	auf Vorschlag der CDU	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Katrin Barion	auf Vorschlag der Grünen	bis 15:05 Uhr
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Ingo Stolle	auf Vorschlag der FDP	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Heidi Eichenbrenner
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Dr. Ernst Drösemeier
Herr Michael Eppenich
Herr Dr. Jan Leidel
Herr Stephan Neuhoff
Frau Johanna Preßmar-Cuber

Schriftführerinnen

Frau Barbara Bültge
Frau Evelyne Fuchsberger-Meyer

Presse

Zuschauer

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln.

Bevor die Verwaltung die erweiterte Tagesordnung zur Kenntnis gibt, gratulieren die Ausschussmitglieder Frau Preßmar-Cuber, Frau Hombach, Herrn Eppenich und Herrn Bischoff zum Geburtstag und wünschen alles Gute.

Beigeordnete Frau Bredehorst merkt an, dass die erweiterten Tagesordnungen des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün und des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe den Ausschussmitgliedern vorliegen und die Erweiterungen an dem Rahmen, der um diese gezogen ist, erkannt werden.

Zum Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün bittet sie, die Tagesordnung um die Punkte 1.1, 3.1.1, 3.1.2, 4.4, 5.3, 5.4 und 5.5 im öffentlichen Gesundheitsteil und um die Punkte 14.1, 16.11, 16.12, 16.13 und 19.7 im öffentlichen Teil Umwelt und Grün zu erweitern.

Unter 27.1 im nichtöffentlichen Teil Umwelt und Grün werde Herr Eppenich zum Thema „Presseberichterstattungen zum Bericht über Fahrzeuganmietungen“ eine mündliche Mitteilung machen.

Folgende Unterlagen lägen als Tischvorlagen vor, alle anderen seien zugestellt worden.

- 3.1.2. Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxydharz)
- 5.3 Bericht der U25 Arbeitskonferenz, entgegen der aktuellen Tagesordnung
- 5.5. Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche
- 14.1. Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rheincenter Weiden

16.10. Regionale 2010 Städtebauliches Leitprojekt "Stadtentwicklung beiderseits des Rheins" Dossier.

Als Anlagen 2-4 lagen ein Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 14.08.2008 sowie eine Begründung der Neufassung des Dossiers und die entsprechende Neufassung als Tischvorlage umgedruckt vor.

Im Betriebsausschuss der AWB bittet sie um Aufnahme der Punkte 5.2 und 5.3 auf die Tagesordnung. Die beiden Mitteilungen seien zugestellt worden.

Folgende Punkte ziehe die Verwaltung von der Tagesordnung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün zurück:

16.4. Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)

16.5. Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln

Zu folgenden Tagesordnungspunkten seien Vertreter der Verwaltung anwesend, um Fragen zu beantworten:

Zu TOP 13.2 komme Herr Götting vom Amt für öffentliche Ordnung. Zu TOP 17.1 bis TOP 17.3 komme Herr Scheu vom Stadtplanungsamt. Zu TOP 19.3 seien Herr Löhner und Herr Siermann vom Organisationsamt anwesend.

RM Herr Dr. Paul bittet für die CDU-Fraktion den TOP 4.1 - Leitbild 2020 - Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln – wegen Beratungsbedarf, in die nächste Sitzung zu vertagen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit den Änderungen einverstanden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Ausschussvorsitzender Herr Bacher dem neuen Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsbetriebe Herrn Peter Mooren Gelegenheit, sich vorzustellen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Anfrage der Mitglieder des Umweltausschusses in der Sondersitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün am 14.04.2008 zum Aktuellen Sachstand zum Chemieunfall bei Ineos in Köln
3482/2008

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1. Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxydharz)
AN/1288/ 2008

- 3.1.1 Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxidharz)
hier: Stellungnahme der Verwaltung
3594/2008

- 3.1.2. Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxidharz)
AN/1672/2008

- 3.2. Ehrenamt und Sicherheit 2012
AN/1486/2008

4 Beschlussvorlagen

- 4.1 Leitbild Köln 2020
- Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln
0452/2008
vertagt

- 4.2 Erneuerung der digitalen Funkalarmierung bei der Feuerwehr Köln
3222/2008
- 4.3 Beschaffungsprogramm 2008 für die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr Köln
3093/2008
- 4.4 Beschaffung von BOS Funkgeräten zur Sicherstellung des Feuerwehrfunks
3367/2008

5 Mitteilungen

- 5.1 Kölner Modell HIV/AIDS-Prävention für Männer, die Sex mit Männern haben (MSM)
2537/2008
- 5.2 Gemeinsame Veröffentlichungen des Aktionsbündnisses "Rettung der Krankenhäuser"
2976/2008
- 5.3 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
3423/2008
- 5.4 Bericht über das von "Wir helfen" e.V. unterstützte Projekt "jusch - jung und schwanger" - Beratung und Begleitung
3475/2008
- 5.5 Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche
3450/2008

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes
- 6.2 Verzögerungen beim Einsatz von Rettungsdiensten aufgrund geänderter Straßenführungen

II. Nichtöffentlicher Teil

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

- 7 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 8 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 9 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 10 Beschlussvorlagen**

- 11 Mitteilungen**

- 12 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

- 13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 13.1 Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept-Teilraum Nord 5365/2007
Beantwortung der Anfrage des SE B. Weber in der Sitzung Bauen und Wohnen
am 14.04.2008
2341/2008

 - 13.2 "Heizpilze in der Außengastronomie" - freiwilliger Verzicht
Beantwortung der Anfrage von RM Herrn Brust
2768/2008

 - 13.3 Reinigung der Kölner Spielplätze
Mündliche Anfrage in der Sitzung vom 12.06.2008 von Herrn Dr. Fladerer
3511/2008

- 14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 14.1 Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rheincenter Weiden
AN/1626/2008

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 15.1. Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2008
AN/1446/2008

16 Beschlussvorlagen

- 16.1 Erweiterung des Naturparks Rheinland (Kottenforst-Ville)
2293/2008
- 16.2 Linden am linksrheinischen Rheinufer
2881/2008
- 16.3 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke,
Stöckheimer See und Große Laache)
3033/2006
- 16.4 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der
Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008
zurückgezogen
- Friedhofssatzung**
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
AN 1491/2008
zurückgezogen
- 16.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008
zurückgezogen
- 16.6 Innerer Grüngürtel
Teilbereich Aachener Straße/Innere Kanalstraße
3217/2008
- 16.7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
Friedhof Kalk - Bewässerung
2897/2008
- 16.8 Sanierung Grünanlage Lindenthaler Kanal; 2. BA - Platz vor Christi Auferstehung
3065/2008
- 16.9 Bedarfsfeststellung
3171/2008

- 16.10 Regionale 2010
Städtebauliches Leitprojekt "Stadtentwicklung beiderseits des Rheins"
Dossier
3119/2008
- 16.11 Bedarfsfeststellung für einen Schlepper mit Schlegelmulcher und Astschnidwerk
3221/2008
- 16.12 Bedarfsfeststellung
Dienst- und Schutzkleidung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter 66
"Amt für Straßen- und Verkehrstechnik" und 67 "Amt für Landschaftspflege und
Grünflächen"
3088/2008
- 16.13 Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
des Finanzplanes
hier: Beschaffungen KFZ im Grünbereich
3225/2008

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 17.1 164. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: Bereiche "Neuer Weyerstraßerweg" und "Wohnsiedlung Kalscheurer
Weg" in Köln-Zollstock;
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0865/2008
- 17.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65509/03
Arbeitstitel: Pferdeschutzhof in Köln-Weidenpesch
2712/2008
- 17.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung und die Durchführung der
frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nr. 7053/02
Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln-Flittard, 1. Änderung
2859/2008

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

19 Mitteilungen

- 19.1 Klimaschutz und CO2-Bilanz für Köln
2522/2008
- 19.2 Projekt Sportplatzpflege
1477/2008

- 19.3 Projekt Sportplatzpflege
2682/2008
- 19.4 Realisierung einer Skater-Anlage mit dem Ziel der Aufgabe des Roncalli-Platzes
als zentralem Treffpunkt der Skater-Szene
2755/2008
- 19.5 Geänderter Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes zur Vorlage
1428/2008, Sanierung von Mauern und Einfassungen im Blücherpark
2895/2008
- 19.6 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen
3014/2008
- 19.7 Friedhofssatzung
Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
3502/2008

20 Mündliche Anfragen

- 20.1 Offene Stellen im Friedhofsbereich
Anfrage des SE Herrn Kühl
- 20.2 Überfüllte Container im Stadtgebiet Köln
Anfrage des SE Herrn Bilke

II. Nichtöffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün (ohne Betriebsaus- schuss "Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln")

- 21 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 22 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 23 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 24 Beschlussvorlagen**
 - 24.1 Allgemeine Beschlussvorlagen

24.2 Vergaben

25 Mitberatung von Planungsvorlagen

26 UVP-relevante Planungen und Projekte

27 Mitteilungen

27.1

28 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

I. - Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

A - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Gesundheit

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 **Anfrage der Mitglieder des Umweltausschusses in der Sondersitzung des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün am 14.04.2008 zum Aktuellen Sachstand zum Chemieunfall bei Ineos in Köln 3482/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Beigeordnete Frau Bredehorst korrigiert in Punkt 7.18 den 3. Satz wie folgt:

Am Abend des 17.03.2008 haben sich das Umwelt- und Gesundheitsamt sowie das Amt für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz über die weitere Vorgehensweise abgestimmt.

RM Herr Paetzold merkt an, dass die SPD-Fraktion mit der Beantwortung der Fragen nicht ganz zufrieden sei. Er bittet daher um folgende Nachbesserungen:

zu 7.4.

Um welche Spezialgeräte handelte es sich dabei und wurden diese Geräte auch zur Messung von Blausäure und Stickoxidkonzentrationen am Unglücksort eingesetzt?

zu 7.8 und 7.9.

Die Antwort der Verwaltung ist aus Sicht der SPD-Fraktion sehr kursorisch. Die Tatsache, dass es diverse Notfall-, Warn- und Evakuierungspläne bei verschiedenen Stellen gibt, ist an sich beruhigend. Allerdings interessiert uns, ob und inwieweit die Pläne miteinander abgestimmt sind und ob alle Beteiligten (also nicht nur städtische Dienststellen) in diese Abstimmungen mit einbezogen sind.

Insbesondere fragen wir nach der Einbindung der Industrieunternehmen in die öffentlichen Katastrophenpläne. Auch wenn hier Zuständigkeiten offensichtlich gesetzlich geregelt sind, erscheint uns eine intensive Zusammenarbeit zwischen Kommune, Land und Industrie hier mehr als wünschenswert.

zu 7.15.

Es wird ausgeführt, dass Acrylnitrilkonzentrationen oberhalb von 30 ppm nur sehr eingeschränkt per Schätzung festgestellt werden könnten. Hätte die exakte Messung von Konzentrationen oberhalb von 30 ppm zu einem Erkenntnisgewinn für die Behörden geführt, der ggf. zu anderen bzw. weiteren Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung geführt hätte?

zu 7.16.

Die Antworten der Verwaltung und der Fa. INEOS sind nicht deckungsgleich. Deshalb noch einmal konkret nachgefragt: War der Löschschaum für die Bevölkerung tatsächlich völlig ungefährlich und war deshalb der Hinweis, den Schaum bei Berührung mit Wasser und Seife abzuspülen lediglich eine Vorsichtsmaßnahme?

zu 7.17.

Die Frage ist nicht zufriedenstellend beantwortet. Es war gefragt worden, ob vor dem 25.03.2008 ein Risiko, gleich durch welche Substanz, für im Freien spielende Kinder bestand.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxydharz) AN/1288/ 2008

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt Frau May vor, beide Anträge zusammen zu behandeln. Es erhebt sich kein Widerspruch.

RM Frau May weist auf einen Artikel über die Wohnanlage Statthalterhof zum Thema „Chemikalien im Trinkwasser“ in der heutigen Express-Ausgabe hin. Der Vorgang sei dem Gesundheitsamt seit Juni 2008 bekannt. Auch dort könnte es sich um Epoxidharzbeschichtungen handeln.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu ihrem Dringlichkeitsantrag hält RM Frau May für grob fahrlässig. Sie erläutert hierzu, dass man es mit einem Stoff zu tun habe, der zwar gelistet sei, aber nicht alle Prüfparameter bestanden habe. Außerdem seien die ausführenden Unternehmen nicht zertifiziert und das Verfahren nicht zugelassen.

Das Verfahren wurde auch in anderen Städten und Gemeinden Deutschlands und in der Schweiz angewendet. Beispielhaft nenne sie die Städte Karlsruhe, Paderborn und Luzern. Diese Städte haben das Beschichtungsverfahren untersagt, solange nicht nachgewiesen werde, dass dieses Verfahren nicht gesundheitsschädlich sei.

Aus der Stellungnahme gehe weiter hervor, dass hier Proben aus leerstehenden Wohnungen genommen wurden. Wenn kein Wasser durch die Rohre fließe, könne auch nichts von der Beschichtung feigesetzt werden. Außerdem zeigt die Verwaltung keine Probeergebnisse auf, so dass sie nicht überprüfen könne, in welchem Rahmen Gesundheitsgefährdungen vorlägen. Die Verwaltung konnte nicht darlegen, dass eine Gesundheitsgefährdung ausge-

schlossen sei. So lange dies nicht geklärt sei, müsste die Gesundheits- und Umweltverwaltung prophylaktisch den weiteren Einbau versagen.

Sie weist weiter darauf hin, dass durch eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion das Thema demnächst auch im Bundestag behandelt werde. Dies sei Anlass genug, sich heute noch mal mit der Angelegenheit zu befassen.

Herr Dr. Leidel antwortet, dass es sich sowohl in der vom Express erwähnten als auch in der Wohnanlage in Weidenpesch um Epoxidharzbeschichtungen handele, die allerdings von unterschiedlichen Firmen bei den Rohrippensanierungen verwendet wurden.

Zur Situation in Weidenpesch führt Herr Dr. Leidel aus, dass es dort wiederholt zu Korrosionsschäden an den Kupferleitungen gekommen sei, was die Eigentümerin veranlasste, das Rohrleitungssystem zu sanieren. Sie entschied sich für die Rohrippenbeschichtung mit Epoxidharzen, da das Auswechseln der Rohre aufwändiger gewesen wäre und die Mieter mehr belastet hätte. Das verwendete Material ist das einzige, das bislang vom Umweltbundesamt nach der Beschichtungsleitlinie geprüft und gelistet wurde.

Nach ausführlichen wissenschaftlichen Gutachten entspricht dieses Epoxidharz dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung. Richtig sei, dass weder das Verfahren noch die beauftragte Firma bislang zertifiziert seien. Die Antragstellerin irre sich aber, wenn sie der Auffassung sei, dass diese Zertifizierung eine zwingende Voraussetzung für die Anwendung des Verfahrens durch dieses Unternehmen darstelle.

Die Trinkwasser-Verordnung (TVO) stellt an mehreren Stellen auf die Formulierung *allgemein anerkannte Regeln der Technik* ab und legt fest, dass Materialien als unbedenklich gelten, wenn die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden oder das Trinkwasser die in der TVO genannten Anforderungen nachweislich erfülle. Das bedeute aber nicht, dass, wenn diese allgemein anerkannten Regeln der Technik nicht angewandt wurden, im Umkehrschluss davon auszugehen sei, dass dann die Materialien und das mit ihnen in Berührung kommende Wasser eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen. Wenn die allgemein anerkannten Regeln der Technik nicht eingehalten werden, muss durch Untersuchungen und Kontrollen sichergestellt werden, dass die Anforderungen der Trinkwasser-Verordnung erfüllt seien. Dies sei unter Beteiligung des Gesundheitsamtes in sehr großem Umfang geschehen und es gab keinerlei Anlass dafür, dass gesundheitliche Risiken für die Nutzer des Wassers zu besorgen wären.

Die Proben wurden deshalb überwiegend aus leerstehenden Wohnungen genommen, damit kontrollierte Standzeiten gemessen werden konnten. Gerade in Stagnationswasser finden sich aus der Rohrwandung etwa gelöste Stoffe. Frisch abgelassenes Wasser enthält in aller Regel wesentlich weniger mögliche Schadstoffe.

Als Fazit komme die Verwaltung zu dem Ergebnis, dass keine gesundheitliche Gefährdung für die Nutzerinnen und Nutzer der Wasserleitungen bestehe. Für die Verwaltung sei es problematisch, dass die Trinkwasser-Verordnung keine Maßnahme vorsieht, den Einbau des Epoxidharzes zu verhindern. Wenn die Verwaltung Anlass zur Sorge hätte, dann könnte sie allenfalls Nutzungseinschränkungen aussprechen. Eine Rechtsgrundlage für eine Untersagung dieser Baumaßnahme gäbe es nicht. Insofern wäre der Änderungsantrag aus Sicht der Gesundheitsverwaltung eine Aufforderung zum rechtswidrigen Verhalten.

RM Herr Breite führt für die FDP-Fraktion aus, dass es eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag gäbe und dass das Umweltbundesamt nach Beendigung der Prüfung eventuell zu einem anderen Ergebnis kommen könnte und ein Umdenken erfolge. Diese Überprüfungen möchte die FDP-Fraktion abwarten. Vor diesem Hintergrund wird er den Anträgen von Frau May zustimmen.

Im Übrigen sah sich die Verwaltung aufgrund der Initiative von Frau May veranlasst, mit einer mehrseitigen Stellungnahme und dem heutigen Vortrag zu reagieren.

RM Herr Brust entgegnet, dass es nicht so sei, dass die Verwaltung auf die Anträge von Frau May erstmalig reagierte. Aus der Stellungnahme der Verwaltung gehe hervor, dass die Eigentümerin der Wohnanlage Weidenpesch auf die Verwaltung zugegangen sei und Erkundigungen einholte, bevor mit der Sanierung begonnen wurde. Die Maßnahme sei bereits Anfang des Jahres durchgeführt worden. Auch er hatte sich seinerzeit u.a. mit dem Wasserlabor der RheinEnergie in Verbindung gesetzt. Dort wird das Material ebenfalls nicht als giftig angesehen und zur Beschichtung von Pumpen und Wasserbehältern eingesetzt. Nach seinen Erkenntnissen habe die Verwaltung keinerlei Handhabe gehabt, die Rohrsanierung in Weidenpesch zu verhindern. Deshalb wundere ihn auch die Aussage, dass in Paderborn das Verfahren verboten sei. Er bittet, die Verwaltung zu prüfen, in welchen Städten ein Verbot ausgesprochen wurde.

Herr Dr. Leidel erläutert, dass die Verwaltung bemüht war, alle Gerichtsurteile, von denen sie Kenntnis hatte, zu beschaffen. Es hat zu dieser Frage eine Reihe von gerichtlichen Auseinandersetzungen gegeben. In diesen Fällen wurde entweder ein nicht vom Umweltbundesamt gelistetes Material angewandt oder es ging um ganz andere Fragen. In einem Fall in NRW hieß es, dass ein Gesundheitsamt den Einbau des Epoxidharzes verweigert habe und dass die Firma, die dann dagegen klagte, in zwei Instanzen unterlag. Tatsächlich ging es dabei aber nicht um die Frage, ob das Gesundheitsamt das verbieten könne, sondern es wurde mit dem Ziel geklagt, dass das Gesundheitsamt bestätigen sollte, dass das Verfahren zugelassen, zertifiziert und in jeder Hinsicht in Ordnung sei. Diese Aussage verweigerte das Gesundheitsamt. Alle Prozesse betreffen nach Kenntnisstand der Gesundheitsverwaltung nicht vergleichbare Sachverhalte.

Die Eigentümerin habe sich tatsächlich an das Gesundheitsamt gewandt. Hier wurde sie darauf aufmerksam gemacht, dass weder das Verfahren noch die Firma zertifiziert seien. Die Firma habe sich nicht abhalten lassen, dieses Verfahren anzuwenden. Neben dem Gesundheitsamt kam auch das Bauaufsichtsamt zu der Auffassung, dass es keine rechtliche Handhabung zum Untersagen der Maßnahme gab.

Danach habe das Gesundheitsamt das Verfahren engmaschig begleitet und zusätzlich zu den zwischen der Eigentümerin und dem Hygiene-Institut Gelsenkirchen gemachten Vereinbarungen, weitere Untersuchungen durchgesetzt. Mittlerweile lägen auch Untersuchungsergebnisse aus dem 2. Bauabschnitt vor. Kein einziges Ergebnis gäbe einen Grund zur Besorgnis. Da seitens der Mieter in der Vergangenheit über die Anwesenheit „roter Partikel“ (wahrscheinlich aus Epoxidharz) im Wasser geklagt worden war, wurde auch eine Membranfiltration des Wassers vorgenommen. Es konnten keine Partikel im Wasser gefunden werden.

RM Frau Gärtner verweist auf ihre mündliche Anfrage in der Sitzung des Ausschusses UGG im Februar 2008 zu dieser Problematik hin. Bereits dort berichtete Herr Dr. Leidel von den aus eigenem Antrieb veranlassten verschiedenen Aktivitäten des Gesundheitsamtes.

Sie bewertet die beiden Anträge von Frau May unterschiedlich. Der erste Antrag ist aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt zu betrachten, insofern, als hier in Köln weiter nichts getan werden könne, außer dass das Gesundheitsamt das Verfahren weiterhin sehr kritisch begleitet.

Der zweite Antrag soll ein Verbot aussprechen. Hier hat die Kommune keine rechtliche Handhabung, so dass der Antrag in dieser Form nicht beschlossen werden kann.

Durch die Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag werde sich das Umweltbundesamt mit der Angelegenheit befassen. Das Ergebnis bleibe abzuwarten. Frau Gärtner bittet die Verwaltung, die Entwicklungen auf Bundesebene zu beobachten und den Ausschuss unaufgefordert darüber zu berichten.

RM Frau May ist unklar, warum Herr Dr. Leidel diesen Ausschuss auf eine falsche Fährte setzt. In der Verwaltungsstellungnahme seien keine Fakten und Zahlen vorgelegt worden, mit denen Vergleiche möglich wären. Herr Dr. Leidel komme mit dem Totschlagargument der Rechtswidrigkeit. Sie werde sich bezüglich einer weiteren Klärung an die Bezirksregierung wenden. Wenn Paderborn das Eingreifen der Verwaltung als nicht rechtswidrig ansah, dann müsse sie sich fragen, warum man hier in Köln keine Möglichkeiten habe. Zusammenfassend stellt sie fest, dass sie bei ihren beiden Anträgen bleibe.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher hatte gehofft, dass die beiden Tagesordnungspunkte in einer vernünftigen Art und Weise behandelt werden. Er weist die Unterstellungen von Frau May entschieden zurück, dass Herr Dr. Leidel den Ausschuss bewusst auf eine falsche Fährte gesetzt habe und falsch informiert hätte und bittet, dies zu unterlassen. Dass sie die Bezirksregierung anrufen wolle, bleibt ihr unbenommen. Auch der Ausschuss sei daran interessiert, wie das Umweltbundesamt zu dieser Sache stehe. Rechtswidrige Beschlüsse würde die SPD-Fraktion jedoch nicht fassen.

Beigeordnete Frau Bredehorst dankt dem Vorsitzenden, dass er zum Schutze des städtischen Mitarbeiters bereits eine Rüge ausgesprochen habe. Auch sie möchte den Vorwurf, dass Herr Dr. Leidel den Ausschuss in die Irre führe, klar zurückweisen.

RM Frau Dr. Müller sieht den ersten Antrag durch die Stellungnahme der Verwaltung ebenfalls als erledigt an. Nach den Ausführungen der Verwaltung werde ihre Fraktion den zweiten Antrag ablehnen.

Für den Fall, dass sich ihre Sorge bestätige, was vielleicht zu befürchten sei, hoffe RM Frau May, dass ihre Rüge zurückgenommen werde und statt ihrer jemand anders gerügt werde.

Die Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen stimmen überein, dass durch die Stellungnahme der Verwaltung der Antrag erledigt sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht über die aufgetauchten Probleme nach den Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxidharz) darzustellen und die Rolle des Gesundheitsamtes zu beschreiben. Darüber hinaus ist zu klären, ob es auch in anderen Wohnanlagen zu der Anwendung des oben genannten Verfahrens gekommen ist.

Abstimmungsergebnis:

Bei 1 Enthaltung (FDP) einstimmig abgelehnt.

3.1.1 Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxidharz)

**hier: Stellungnahme der Verwaltung
3594/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.1.2 Arbeiten an der Trinkwasserversorgung im Wohnpark Weidenpesch mit einem nicht zugelassenen Verfahren (Epoxidharz)
AN/1672/2008**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, solange die entsprechenden Zertifizierungen durch die DVGW Zertifizierungsstelle für das Epoxidharzverfahren und die ausführende Firma nicht vorliegen, eine Verwendung und den Einbau des Produktes zu untersagen.

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Gegenstimme (FDP) einstimmig abgelehnt.

**3.2 Ehrenamt und Sicherheit 2012
AN/1486/2008**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Zielkonzept vorzulegen, das die Rollen, Verantwortlichkeiten und das Zusammenwirken von ehrenamtlichen und nebenamtlich engagierten Bürgern mit den städtischen Beamten und Angestellten im Jahre 2012 für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Brandschutz (vorbeugend und löschend) und Rettungswesen darstellt.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der CDU-Fraktion einstimmig zugestimmt.

4 Beschlussvorlagen

**4.1 Leitbild Köln 2020
- Konkretisierung durch die Leitlinien für ein soziales Köln
0452/2008**

Vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig vertagt.

**4.2 Erneuerung der digitalen Funkalarmierung bei der Feuerwehr Köln
3222/2008**

Auf die Frage von RM Herrn Paetzold, ob Mittel bereits im Haushalt eingestellt seien, erläutert Herr Rosenberger, dass der Einbau der digitalen Funkalarmierung im nächsten Jahr erfolgen solle und Mittel im Haushalt 2009 vorgesehen seien.

RM Frau Dr. Müller regt an, die Alternative – der Ausschuss behält sich die Entscheidung über die Vergabe vor – zu beschließen. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün erkennt die Notwendigkeit der Erneuerung der digitalen Funkalarmierung bei der Feuerwehr Köln an und beauftragt die Verwaltung, die Vergabe zur Durchführung der Maßnahme zu veranlassen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün behält sich die Entscheidung über die Vergabe vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Beschaffungsprogramm 2008 für die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr Köln 3093/2008

Die Ausschussmitglieder stimmen überein, dass der Ausschuss sich die Entscheidung über die Einzelvergabe für die Feuerwehrfahrzeuge aus dem Beschaffungsprogramm 2008 vorbehält.

Beschluss:

Zu 1.: Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit dem Beschaffungsprogramm 2008 für die Feuerwehrfahrzeuge (Anlage 1) einverstanden.
Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün behält sich die Entscheidung über die Einzelvergabe für die Feuerwehrfahrzeuge aus dem Beschaffungsprogramm 2008 vor.

Zu 2.: Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen für 2010 in Höhe von 900.000,-- € im Teilfinanzplan 0208 –Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst-, Teilfinanzplanzeile 9 zur Beschaffung der in der Anlage aufgeführten Fahrzeuge.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.4 Beschaffung von BOS Funkgeräten zur Sicherstellung des Feuerwehrfunks 3367/2008

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Bacher bittet in Absprache mit den anderen Ausschussmitgliedern die Verwaltung, das Ergebnis der Ausschreibung dem Ausschuss mitzuteilen.

Auf eine Vergabeentscheidung wird daraufhin verzichtet.

Beschluss:

Zu 1.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist mit der Beschaffung von BOS Funkgeräten zur Sicherstellung des Feuerwehrfunks einverstanden.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Zu 2.

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 230.000,00 € im Teilfinanzplan 0208 – Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst – Teilfinanzplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Haushaltsjahr 2008 zur Beschaffung von BOS Funkgeräten zur Sicherstellung des Feuerwehrfunks.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Kölner Modell HIV/AIDS-Prävention für Männer, die Sex mit Männern haben (MSM) 2537/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Gemeinsame Veröffentlichungen des Aktionsbündnisses "Rettung der Krankenhäuser" 2976/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz 3423/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Bericht über das von "Wir helfen" e.V. unterstützte Projekt "jusch - jung und schwanger" - Beratung und Begleitung 3475/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5 Sexualpädagogik für insbesondere bildungsferne männliche Jugendliche 3450/2008

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes

SE Herr Bilke fragt an, ob die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit der Einhaltung des Nichtraucherschutzgesetzes vorlegen könne?

Beigeordnete Frau Bredehorst weist darauf hin, dass die Bitte an das zuständige Fachamt weitergeleitet werde.

6.2 Verzögerungen beim Einsatz von Rettungsdiensten aufgrund geänderter Straßenführungen

RM Frau Gärtner berichtet von gelegentlichen Problemen beim Einsatz von Rettungswagen beauftragter Rettungsdienste aufgrund geänderter Straßenführungen, was oftmals zu Verzögerungen führe.

Sie möchte von der Verwaltung wissen,

- ob es Möglichkeiten gäbe, Softwaremäßig die Daten zu aktualisieren,
- und wie eine Kommunizierung mit diesen Rettungsdiensten erfolgen könnte.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Fuchsberger-Meyer
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Gesundheit)

I. Öffentlicher Teil

B - Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün - Teil Umwelt und Grün

13 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

13.1 **Rechtsrheinisches Entwicklungskonzept-Teilraum Nord 5365/2007 Beantwortung der Anfrage des SE B. Weber in der Sitzung Bauen und Wohnen am 14.04.2008 2341/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13.2 **"Heizpilze in der Außengastronomie" - freiwilliger Verzicht Beantwortung der Anfrage von RM Herrn Brust 2768/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

13.3 **Reinigung der Kölner Spielplätze Mündliche Anfrage in der Sitzung vom 12.06.2008 von Herrn Dr. Fladerer 3511/2008**

RM Herr Dr. Fladerer dankt für diese erste Beantwortung, aus der allerdings hervorgehe, dass noch nicht von einer Reinigung der Kölner Spielplätze "aus einer Hand" gesprochen werden könne. Auch sei seine Frage von der Verwaltung nicht ganz richtig verstanden worden. Ihm sei wichtig, dass explizit in Köln Ansprechpartnerinnen und -partner bezogen auf jeden Spielplatz benannt würden, damit Bürgerinnen und Bürger bei Reinigungsbeschwerden diese / diesen am besten über das Internet finden und ansprechen können.

Herr Eppenich informiert, es existierten Listen über Zuständigkeiten für die einzelnen Spielplätze. Diese seien jedoch so umfangreich, dass sie nicht umgedruckt worden seien. Sie könnten aber selbstverständlich zur Verfügung gestellt werden. Beschwerden, ob bei den AWB oder dem Grünflächenamt, würden anhand der Listen koordiniert abgearbeitet.

Hinsichtlich der Zuständigkeit "in einer Hand" – und dies betreffe auch die Reinigung der Grünflächen – habe man bei den Arbeitskräften des zweiten Arbeitsmarktes das Problem, dass sich deren Einsätze auf die Flächen beschränkten, in deren Nähe sich die Unterkünfte befänden, um den logistischen Aufwand zu begrenzen. Dort, wo Qualitätsmanagement der AWB gefragt sei, könne man diese Kräfte nicht zusätzlich einsetzen. Es gebe aber auch in diesem Bereich bedarfsorientierte Einsätze. Daher müsse man sie in den Bereichen, die sich in der Nähe ihrer Unterkünfte befänden, in das Konzept integrieren.

RM Herr Dr. Fladerer wirft ein, es gebe immer wieder Probleme, wenn Bürgerinnen und Bürger konkrete Ansprechpartner suchten, die für den jeweiligen Spielplatz zuständig sind.

RM Herr Dr. Paul bekräftigt, Ziel der Aufgabenübertragung sei es gewesen, ein gewünschtes und kontrollierbares Qualitätsniveau zu erreichen. Sollte dies durch die neue Struktur auch jetzt nicht erreicht werden, sei diese Aufgabenübertragung nicht gewollt. Wenn allerdings durch die Verwaltung über entsprechende Kontrollen sichergestellt sei, dass ein Qualitätsniveau erreicht werde, sei gegen die Übertragung der Aufgaben nichts einzuwenden.

Beigeordnete Frau Bredehorst nimmt Bezug auf die Kritik von Herrn Dr. Fladerer, die AWB antworteten oft auf Anfragen oder Beschwerden, nicht zuständig zu sein.

Sie gehe davon aus, dass es hinsichtlich der Vereinbarung zwischen Grünflächenamt und AWB nicht gewollt sei, dass Bürgerinnen und Bürger mit Nichtzuständigkeit abgewiesen werden. Vielmehr sei sicher beabsichtigt und verabredet, dass, gleich ob die Anrufer bei der Stadt Köln oder den AWB anrufen, sie eine befriedigende Antwort erhalten und Beschwerden weitergereicht werden. Dies werde auch im Abfallentsorgungs- bzw. Straßenreinigungsbereich mit Erfolg praktiziert.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

14 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**14.1 Sachstandsbericht Planung, Ausbau und Erweiterung des Rheincenter Weiden
AN/1626/2008**

Ein schriftlicher Sachstandsbericht durch die Verwaltung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

15 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**15.1 Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus
Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2008
AN/1446/2008**

RM Herr Dr. Paul begründet kurz den Antrag der CDU-Fraktion.

Er betont die Schönheit des Rheinparks, der mehrfach Auszeichnungen erhalten habe und beklagt seine Verwüstung durch einige Mitbürgerinnen und Mitbürger. Daher solle die Verwaltung gebeten werden, der Politik Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, ob durch nächtliche Abspernung oder anders, wie zukünftig Vandalismus verhindert werden könne.

RM Herr Bacher bestätigt für die SPD-Fraktion, dass sie ebenfalls über den festzustellenden Vandalismus erschrocken sei und bekräftigt deren Zustimmung zum Antrag.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Möglichkeiten zum Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus zu prüfen und dem Ausschuss darzustellen. In die Prüfung ist die Finanzierbarkeit der entsprechenden Maßnahmen einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 Beschlussvorlagen

16.1 Erweiterung des Naturparks Rheinland (Kottenforst-Ville) 2293/2008

Herr Eppenich informiert darüber, dass bei Festlegung der Freiraumkorridore der Naturparkerweiterung noch Grenzen geplant gewesen seien, die sich inzwischen im Rahmen der Regionale 2010 verändert hätten. Er bittet, den Beschluss entsprechend zu ergänzen mit dem Text: "entsprechend den aktuell geplanten Grünkorridoren der Regionale 2010".

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt den so geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der Erweiterung des Verbandsgebietes des Naturparks Rheinland im Hoheitsbereich der Stadt Köln **entsprechend den aktuell geplanten Grünkorridoren der Regionale 2010** zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.2 Linden am linksrheinischen Rheinufer 2881/2008

RM Herr Dr. Paul kündigt für die CDU-Fraktion an, der Vorlage nur zum Teil zustimmen zu können. Dem Rückschnitt von Bäumen im nördlichen Bereich des linken Rheinufer stimme die CDU-Fraktion ausdrücklich zu. Denn hier sei beabsichtigt, die Bäume stadtgestalterisch zu pflegen und zu schneiden, so dass ein einheitliches Bild erzielt werde.

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Linden im südlichen Bereich in der heutigen Form zu belassen, könne man jedoch nicht zustimmen. Die Begründung der Verwaltung, derartige Eingriffe seien nicht fachgerecht durchzuführen, bzw. es handle sich um einen Verstoß gegen die Baumschutzsatzung, könne man nicht nachvollziehen. Man sehe hier durchaus Interpretationsspielraum, wie dies ja auch im nördlichen Teil möglich sei.

Die CDU-Fraktion nehme dies als Anlass, die Baumschutzsatzung gegebenenfalls noch mal aufzugreifen und dort den Schnitt aus stadtgestalterischen Gründen zuzulassen.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher weist darauf hin, dass heute die Vorlage zunächst über einen Verweisungsbeschluss in die nachfolgenden Gremien gebracht und eine Wieder Vorlage vorbehalten werden sollte.

RM Frau Dr. Müller entgegnet Herrn Dr. Paul, dass aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage, auch hinsichtlich der Baumschutzsatzung, durchaus durchdacht sei. Man warte jedoch erst einmal das Votum aus den anderen Gremien ab.

Auf ihre Frage bzw. den Einwurf von SE Herrn Bilke, was genau mit "Kastenform" bzw. "Pudelschnitt" der Kronen gemeint sei, erläutert Herr Dr. Bauer, dass der Begriff "Formschnitt" hier besser passe. Es sei beabsichtigt, die Bäume so zurückzuschneiden, wie sie sich heute darstellten und dann immer den jeweils jährlichen Zuwachs zurückzunehmen. Letztendlich erfolge lediglich ein regelmäßiger Rückschnitt in der ursprünglichen Form.

Herr Eppenich informiert darüber, dass beabsichtigt sei, den Finanzausschuss aus der Beratungsfolge sowie den 2. Absatz des Beschlussvorschlags aus der Vorlage heraus zu nehmen. Der Kämmerer hatte darum gebeten, da die Einstellung der Mittel in den Haushalt ab 2010 erst in den HPL-Beratungen erfolgen könne. Im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün solle zunächst eine inhaltliche Auseinandersetzung stattfinden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien und bittet um dessen Wiedervorlage im Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.3 9. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Baadenberger Senke, Stöckheimer See und Große Laache)
3033/2006**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. gem. § 29 Abs. 1 in Verbindung mit § 27 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG NW) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung vom 21. Juli 2000 (GV.NRW.S.568), geändert durch Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes vom 5. Juli 2007, die 9. Änderung des Landschaftsplans Köln mit den Zielen der Anlage 1 einzuleiten,
2. den Einleitungsbeschluss gem. § 27 Abs. 1 S.2 LG NW ortsüblich bekannt zu machen,
3. die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 27b LG NW in Form einer öffentlichen Darlegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 27a Abs. 1 LG NW durchzuführen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet auf eine erneute Vorlage, falls der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde, die Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Chorweiler sowie der Stadtentwicklungsausschuss ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.4 Neufassung der Satzung für die Friedhöfe und die Feuerbestattungsanlage der Stadt Köln (Friedhofssatzung)
3072/2008**

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

**Friedhofssatzung
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
AN/1491/2008**

zurückgestellt

**16.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Köln
3073/2008**

Vor Eintritt in die Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen.

**16.6 Innerer Grüngürtel
Teilbereich Aachener Straße/Innere Kanalstraße
3217/2008**

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher schlägt vor, die Vorlage mit Rücklaufverzicht zu versehen, wenn in der BV Innenstadt kein abweichender Beschluss gefasst wird und stellt die Vorlage so zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stimmt dem Gestaltungskonzept zur Umgestaltung der ehemaligen Kleingartenfläche Aachener Straße/Innere Kanalstraße zu und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme mit Kosten in Höhe von 80.000,- Euro umzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verzichtet auf eine nochmalige Vorlage, sollte die BV Innenstadt unverändert beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.7 Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
Friedhof Kalk - Bewässerung
2897/2008**

Beschluss:

1. Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt das Bewässerungskonzept für den Friedhof Kalk zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Erneuerung der Wasserleitung mit Gesamtkosten von 530.000,- € durchzuführen.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt Freigaben aus der im Haushaltsplan 2008/2009, Teilfinanzplan 1303, Zeile 8 / Auszahlungen für Baumaßnahmen veranschlagten Auszahlungsermächtigung für 2008 in Höhe von 300.000,- € und für 2009 in Höhe von 230.000,- €

Die Freigaben erfolgen im Rahmen der Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung § 82 (1) GO NW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.8 Sanierung Grünanlage Lindenthaler Kanal; 2. BA - Platz vor Christi Auferstehung
3065/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beauftragt die Verwaltung, die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen zu realisieren.

Er verzichtet auf eine nochmalige Vorlage, wenn die BV Lindenthal ungeändert beschließt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.9 Bedarfsfeststellung
3171/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf zur Beschaffung eines LKW-Kippers (7,5 t) für den Bereich der Pflege der Straßenbäume fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.10 Regionale 2010
Städtebauliches Leitprojekt "Stadtentwicklung beiderseits des Rheins"
Dossier
3119/2008**

RM Herr Bacher meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf wegen der Archäologischen Zone an und bittet um Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat.

Da sich kein Widerspruch erhebt, stellt er die entsprechende Verweisung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.11 Bedarfsfeststellung für einen Schlepper mit Schlegelmulcher und Astschneidwerk
3221/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf eines Schleppers mit Schlegelmulcher und Astschneidwerk für den Forstbereich fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.12 Bedarfsfeststellung
Dienst- und Schutzkleidung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter 66 "Amt für Straßen- und Verkehrstechnik" und 67 "Amt für Landschaftspflege und Grünflächen"
3088/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf an Dienst- und Schutzkleidung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter 66 „Amt für Straßen und Verkehrstechnik“ und 67 „Amt für Landschaftspflege und Grünflächen“ fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**16.13 Bedarfsfeststellung und Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Beschaffungen KFZ im Grünbereich
3225/2008**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt Freigaben aus der im Haushaltsplan 2008/2009, Teilfinanzplan 1301, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen veranschlagten Auszahlungsermächtigung 2008 in Höhe von 491.600,- € und für 2009 in Höhe von 1.000.000,- €

Die Freigabe der Mittel erfolgt im Rahmen der Vorgaben zur vorläufigen Haushaltsführung § 82 (1) GO NW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitberatung von Planungsvorlagen

**17.1 164. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen
Arbeitstitel: Bereiche "Neuer Weyerstraßerweg" und "Wohnsiedlung Kalscheurer Weg" in Köln-Zollstock;
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
0865/2008**

RM Herr Dr. Paul verweist auf den Grundsatzbeschluss zu den ehemaligen Friedhofserweiterungsflächen und möchte wissen, ob es sich um eine der nach dem Friedhofszielplan aufzugebenden Flächen handelt oder ob die Fläche schon anders genutzt werde.

RM Herr Bacher äußert, seiner Kenntnis nach werde auf dieser Fläche keine Wohn- oder Gewerbenutzung ausgewiesen. Dies entspreche somit der Zielsetzung des Ausschusses, dass die nicht mehr genutzten Friedhofserweiterungsflächen weiter Frei- und Grünflächen blieben.

RM Frau Dr. Müller fragt hinsichtlich der geänderten Verkehrsführung, weshalb der Verkehrsausschuss nicht mit in die Beratung über die Vorlage eingebunden worden sei. Außerdem möchte sie wissen, wie sich die Lärmproblematik in Zukunft entwickeln werde oder ob dies im Hinblick auf die EU-Umgebungslärmrichtlinie zu weiteren absehbaren Problemen führen werde.

Herr Scheu vom Stadtplanungsamt geht erläuternd die FNP-Änderung ein, die zum Ziel habe, eine Anpassung an die bereits bestehende Realität vorzunehmen. Es seien somit keine

anderen, als die vorhandenen Nutzungen geplant. Er gehe davon aus, dass auch deswegen der Verkehrsausschuss nicht beteiligt worden sei, da die Straße schon vorhanden sei. Die Lärmfrage werde im Rahmen der Umweltprüfung im gesonderten B-Planverfahren untersucht.

Herr Liebmann ergänzt hinsichtlich der Umgebungslärmrichtlinie der EU, dass in dieser keine Grenzwerte enthalten sind, sondern Auslösewerte. Die Umsetzung möglicher Maßnahmen erfolge immer nach der nationalen Spezialgesetzgebung, also hier im Rahmen der Baugesetzgebung. Man bekomme insofern nicht direkt ein Problem. Jedoch gebe es aufgrund der EU-Umgebungslärmrichtlinie und der Kartierung überall hohe Auslösewerte in Köln, sowohl bezogen auf Straßen, als auch auf Schienen usw. Insofern werde man sicherlich eine Betrachtung vornehmen müssen.

RM Herr Brust fragt ob genügend Platz für die geplante Straßenbahntrasse der Linie 13 sei

Herr Scheu verweist auf die verwaltungsinternen Abstimmungen aller Planungen. Er gehe insofern davon aus, dass die ÖPNV-Trasse berücksichtigt werde.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, die Flächen neu zu ordnen;
2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan "Neuer Weyerstraßerweg" und im Rahmen des städtebaulichen Vertrags "Siedlung Kalscheurer Weg" bereits stattgefunden hat;
3. die 164. FNP-Änderung im Stadtbezirk 2, Köln-Rodenkirchen –Arbeitstitel: Bereiche "Neuer Weyerstraßerweg" und "Siedlung Kalscheurer Weg" gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 - 4 beigefügten Begründung offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.2 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 65509/03 Arbeitstitel: Pferdeschutzhof in Köln-Weidenpesch 2712/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 65509/03 für einen Teilbereich des Ginsterpfad-Geländes zwischen der Etzelstraße, der Güterzugstrecke der Häfen und Güterverkehr Köln AG und dem Ginsterpfad in Köln-Weidenpesch — Arbeitstitel: Pferdeschutzhof in Köln-Weidenpesch— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Ge-

meinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17.3 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung des Bebauungsplanes Nr. 7053/02
Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln-Flittard, 1. Änderung
2859/2008

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7053/02 gemäß § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet östlich der Bahnstrecke Köln - Düsseldorf, einschließlich der Park-and-ride-Anlage S-Bahn-Station "Bayerwerk", Kurtekottener Straße, westliche Grenze der Golfanlage Flittard, Grüner Kuhweg in Köln-Flittard —Arbeitstitel: Kurtekottener Straße in Köln-Flittard, 1. Änderung— einzuleiten;
2. nimmt das städtebauliche Entwicklungskonzept zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

18 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

19 Mitteilungen

19.1 Klimaschutz und CO₂-Bilanz für Köln
2522/2008

Frau Bredehorst bittet den Ausschuss, diese Mitteilung in die nächste Sitzung zurückzustellen, um sie dann zusammen mit einer weiteren noch zu erstellenden Mitteilung zu behandeln, die die ersten Grundüberlegungen zu einem Klimaschutzkonzept für Köln enthalte.

Der Ausschussvorsitzende und die übrigen Mitglieder sind damit einverstanden und stellen die Mitteilung zurück in die nächste Sitzung am 16.09.2008.

**19.2 Projekt Sportplatzpflege
1477/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.3 Projekt Sportplatzpflege
2682/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**19.4 Realisierung einer Skater-Anlage mit dem Ziel der Aufgabe des Roncalli-Platzes als zentralem Treffpunkt der Skater-Szene
2755/2008**

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün bittet, die Mitteilung noch mal zur nächsten Sitzung umzudrucken, da die 2. Seite fehlt.

**19.5 Geänderter Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes zur Vorlage 1428/2008, Sanierung von Mauern und Einfassungen im Blücherpark
2895/2008**

Herr Eppenich informiert darüber, dass dies die Stellungnahme zu dem geänderten Beschlussvorschlag der BV Nippes sei. Dieser Beschluss sollte ebenfalls umgedruckt werden. Die Verwaltung werde diesen zusammen mit der Vorlage zur Freigabe der Mittel zur nächsten Sitzung nachreichen.

**19.6 Positionspapier zur Strukturdebatte im Friedhofswesen
3014/2008**

Zurückgestellt.

**19.7 Friedhofssatzung
Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion vom 06.08.2008
3502/2008**

Zurückgestellt.

20 Mündliche Anfragen

**20.1 Offene Stellen im Friedhofsbereich
Anfrage des SE Herrn Kühl**

SE Herr Kühl erkundigt sich, ob die etwa 40 offenen Stellen im Friedhofsbereich nicht durch die in den Integrationsmaßnahmen befindlichen Spielplatzreinigungskräfte nachbesetzt werden könnten.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Anfrage an das zuständige Dezernat zu.

20.2 Überfüllte Container im Stadtgebiet Köln Anfrage des SE Herrn Bilke

SE Herr Bilke erwähnt die im gesamten Stadtgebiet herum stehenden Container der ehemaligen Fa. Özkan. Nach wie vor seien diese überfüllt und würden nicht abgeholt, obwohl sie bereits seitens der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden seien. Seit Monaten werde ermittelt, ohne dass sich etwas an der Situation ändere. Daher frage er jetzt nach dem aktuellen Sachstand, zumal unter dem Gesichtspunkt "Ratten" und "Brandgefahr" Eile geboten sei, die Container zu räumen und zu entfernen.

Herr Dr. Drösemeier merkt an, es sei ihm nicht bekannt, dass die Staatsanwaltschaft die Container beschlagnahmt haben solle. Die Fa. Özkan habe mit den Abfallerzeugern Pauschalverträge abgeschlossen, die vor Aufstellung der Container bereits finanziell abgeglichen worden seien. Jetzt sei der jeweilige Abfallerzeuger in der Verpflichtung, diese Container entsorgen zu lassen. Da es die Fa. Özkan jedoch nicht mehr gebe, seien die doppelten Kosten zu tragen. Dies werde derzeit in zivilgerichtlichen Verfahren geklärt. Insofern habe die Sonderordnungsbehörde "Untere Abfallbehörde" keine Eingriffsmöglichkeiten. Inwieweit man ordnungsrechtlich eingreifen könne, entziehe sich seiner Kenntnis. Zunächst sei aber der Besteller der Container zu deren Entsorgung verpflichtet.

RM Herr Grau bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und inwieweit ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Beseitigung der Container möglich sind. Wer anschließend die Kosten übernehmen müsse, sei sicherlich zu klären. Es sei jedoch nicht zumutbar, dass diese Behälter noch monatelang herumstehen.

RM Herr Dr. Fladerer bekräftigt, es müsse ein umfassender Sachstand dargestellt werden. Ihn interessiere auch, ob es eine Liste der noch existierenden Container mit den jeweiligen Stellplätzen gebe.

Frau Bredehorst sagt zu, die Fragen an das Ordnungsamt weiterzuleiten, um von dort eine zusammenfassende Darstellung zu erhalten.

SE Herr Bischoff bemängelt die Beauftragung der Fa. Özkan als Subunternehmen für öffentliche Aufträge. Er bittet um Aufnahme des Aspektes, ob nicht Aufzeichnungen über Standort und Verweildauer von Containerdiensten existieren und welcher Art diese sind.

Frau Bredehorst stellt klar, die Aufsichtsbehörde in umweltrechtlichen Fragen sei allein die Bezirksregierung.

gez.
Bacher
(Ausschussvorsitzender)

gez.
Bültge
(Schriftführerin Ausschuss
Umwelt, Gesundheit und Grün
Teil Umwelt und Grün)